Thorner  Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn,

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 23 — Dienstag, 28. Januar — 1919

Teilergebnisse der Wahlen zur Landesversammlung.

Schönsee, 27. Januar. (Drahtnachricht).

Deutschdemokraten	225
Sozialdemokraten	68
Zentrum	13
Deutschnationale	484

Briesen, 27. Januar. (Drahtnachricht).

Deutschdemokraten	1045
Sozialdemokraten	161
Zentrum	54
Deutschnationale	398
Unabhängige	3

Graudenz, 27. Januar. (Dr.) Es erhielten bei den letzten Wahlen:

Deutsch-demokraten	7032
Deutschnationale	2465
Zentrum	1723
Sozialdemokraten	9040
Unabhängige	78

Das Ergebnis von zwei Stimmbezirken steht noch aus.

Danzig, 27. Januar. (Drahtnachricht) Aus 134 Bezirken von 161 liegen bis 1 Uhr nachts folgende Ergebnisse vor:

Unabhängige	6629
Deutschdemokraten	12789
Sozialdemokraten	27664
Zentrum	13786
Deutschnationale	2924

Königsberg, 27. Januar. (Drahtnachricht). Gewählt sind:

Deutsch-Demokraten	25 511
Deutsche Volksparteiler	23 422
Unabhängige	18 904
Sozialdemokraten	45 114
Deutschnationale	7459
Zentrum	4007

Es fehlen noch 10 Bezirke.

Groß-Bromberg, 27. Januar. (Dr.) Es erhielten an Stimmen:

Deutsch-demokraten	2391
Deutschnationale	4428
Deutsche Volkspartei	8252
Christliche Volkspartei	1002
Sozialdemokraten	8737

Berlin, 26. Januar. (Dr.) Von den heutigen Wahlen zur preußischen Landesversammlung im Wahlkreis 3 liegen bis 12 Uhr nachts folgende Ergebnisse vor:

Sozialdemokraten	38 709
Deutsch-demokraten	30406
Deutschnationale	20608
Deutsche Volkspartei	14456
Unabhängige	11210
Christliche Volkspartei	9696

Die Lage in der Provinz Posen.

Bromberg, 26. Januar. (Dr.) Amtlich. In Richtung Hohensalza haben wir unsere Postierungen bis an das Südende des Jesuiter Sees vorgeschoben. Einige Polen, die sich in Adlig-Brühlsdorf festgesetzt hatten, wurden nach kurzem Feuerkampf von unseren Patrouillen vertrieben. Polnische Patrouillen, die sich Steinburg, Josephinen und Kotolitz näherten, wurden abgewiesen. Wilhelmsdorf (5 Kilometer südwestlich Nakel) wurde von uns besetzt. Eigene Artillerie zersprengte Bandenansammlungen östlich Netzwalde.

Bromberg, 27. Januar. (Drahtnachricht.) Amtlich. Einer Patrouille, die nach Eran (etwa 5 Kilom. nordw. Nakel) vorging, wich eine polnische Bande aus. Um 1 Uhr nachts wurde unser Posten in Wilhelmsdorf von einer starken polnischen Bande angegriffen. Der Angriff wurde abgewiesen.

Noch keine Antwort Rußlands auf die Einladung zur Friedenskonferez.

Paris, 27. Januar. (Dr.) Havas. Der Minister des Aeußeren Pichon erklärte gegenüber Journalisten, daß die alliierten Regierungen bis jetzt von der russischen Regierung noch keine unmittelbare Antwort auf die grundsätzliche Einladung zur Friedenskonferenz erhalten habe.

Gegen Versuche, der Friedenskonferenz vorzugreifen.

Von polnischer Seite werden seit geraumer Zeit alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Gebietsteile der preußischen Ostmarken in die Gewalt zu bekommen. Welche Lage dadurch in der Provinz Posen geschaffen wurde, geht aus folgender Darstellung hervor, die wir in der „Posener Zeitung“ finden:

„Während der überwiegend polnische Teil der Provinz Posen seit den jüngsten Vorkommnissen vollkommen in polnischer Hand ist, sind von dem deutschen Gürtel, der sich um dieses Gebiet im Westen, Süden und Norden herumlegt, bisher nur kleinere Teile den Polen zugefallen. Im Westen und Süden der Provinz sind den Deutschen verblieben: die deutsche Hälfte des Kreises Rawitsch, der Kreis Lissa, mit Ausnahme eines kleinen Zipfels, die ganzen oder fast die ganzen Kreise Fraustadt, Meseritz, Schwerin. Dagegen sind die Kreise Neutomischel, Bomst ganz oder oder zum größten Teil von den Polen besetzt. Im Norden sind, soweit man hier unterrichtet ist, die Kreise Czarnikau, Filehne, Wirsitz, sowie der größte Teil von Bromberg Stadt und Land in den Händen der Deutschen.“

In derselben Ausgabe des genannten Blattes erläßt der polnische Volksrat eine Verordnung, betreffend den Ankauf von Pferden für das polnische Heer. Darnach sollen alle Pferde in den Kreisen Wirsitz, Schubin, Kolmar, Czarnikau, Birnbaum, Neutomischel, Bomst, Wongrowitz, Lissa und Posen (Stadtkreis) für beschlagnahmt gelten. Man ersieht daraus, daß sich die Polen bereits als unumschränkte Gebieter dieser preußischen Landesteile fühlen. Bisher ist von unseren Feinden nicht der leiseste Einspruch gegen dieses eigenmächtige, allem Recht hohnsprechende Vorgehen erhoben worden. Erst die folgende Meldung aus Paris läßt die Deutung zu, daß der „interalliierte oberste Kriegsrat“ mit dem von den Polen geübten Faustrecht denn doch nicht so unbedingt einverstanden ist, wie es den Anschein hatte:

Paris, 24. Januar. Amtlich. Der Interalliierte Oberste Kriegsrat hielt eine Besprechung mit Foch und den anderen militärischen Ratgebern der Alliierten über die Streitkräfte ab, die von den alliierten und associierten Mächten während der Dauer des Waffenstillstandes an der Westfront belassen werden sollen.

Nach dem Zusammentritt des Obersten Kriegsrates hielten Präsident Wilson sowie die Premierminister und Minister des Aeußern von England, Frankreich und Italien zusammen mit den Vertretern der japanischen Regierung eine kurze Sitzung ab. Sie billigten die Veröffentlichung und funkentelegraphische Verbreitung der folgenden Erklärung:

Die Regierungen, die sich gegenwärtig auf der Konferenz zu dem Zweck vereinigt haben, einen dauerhaften Frieden zwischen den Nationen zu schaffen, werden sehr bewegt durch die ihnen aus verschiedenen Teilen Europas und des Orients zugehenden Nachrichten, wonach mehrmals Gewalt angewandt wurde, um von Gebieten Besitz zu ergreifen, über deren rechtmäßige Zuerkennung die Friedenskonferenz sich äußern soll. Die Regierungen sind der Ansicht, daß sie die Pflicht haben, eine feierliche Warnung ergehen zu lassen und zu erklären, daß jeder durch die Gewalt erworbene Besitzstand denjenigen, die zu solchen Mitteln greifen, den größten Schaden bringen wird.

Diejenigen, die Gewalt anwenden, erwecken den Argwohn, daß sie an der Gerechtigkeit und Gültigkeit ihrer Ansprüche zweifeln, und daß sie die Absicht haben, den Besitz an die Stelle eines Rechtsbeweises zu setzen und ihre Souveränität eher auf die Gewaltanwendung als auf nationale Verwandtschaft zu begründen. Dies schadet allen Rechtsansprüchen, die sie späterhin geltend machen könnten und zeugt von ihrem Mißtrauen gegenüber der Konferenz selbst; dies kann nur zu den unheilvollsten Ergebnissen führen. Wenn sie die Gerechtigkeit wünschen, so müssen sie auf die Anwendung von Gewalt verzichten und ihre Ansprüche in die Hände der Friedenskonferenz in einer Art und Weise übergeben, die keinen Zweifel über ihren guten Glauben läßt.

Eine neue Sitzung wird heute nachmittag um 3 Uhr stattfinden.

Nach den Erfahrungen, die Deutschland nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges gemacht hat, muß man allerdings bezweifeln, daß der Warnung des interalliierten Kriegsrates auch in den Fällen Geltung verschafft wird, in denen ihre Nichtbeachtung Deutschland zum Schaden gereicht.

Das preußische Ministerium und die Polenfrage.

Berlin, 25. Januar. Eine Besprechung der Posener Polen mit dem preußischen Ministerium hat noch nicht stattgefunden. Die preußische Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sie in Anbetracht der Lage keine Veranlassung hat, in dieser Angelegenheit die Initiative zu ergreifen, daß sie aber jeder Anregung von der anderen Seite gern Folge geben wird, vorausgesetzt, daß bei solcher Verhandlung nicht einzelne Fragen, sondern der ganze Komplex der zwischen dem preußischen Volke und den Polen zu lösenden Konflikte zur Sprache kommt. Bisher ist nur über die Freilassung der gegenseitig festgesetzten Geiseln gesprochen worden.

Gegen die willkürliche Abtrennung deutscher Landstriche.

Berlin, 25 Januar. Die Zahl der Proteste gegen die Abtrennung deutscher Landstriche vom Reich unter Ueberschreitung des Wilsonschen Programms häufen sich bei der Regierung derart, daß jede Einzelbeantwortung unmöglich wird. Die Organisationen sämtlicher Parteien, städtische, staatliche und lokale Verbände, Adressen ganzer Kreise mit Einzelunterschriften aller Einwohner und Eingaben der Arbeiter- und Soldatenräte machen sich alle zum Träger des Einspruchs gegen eine Vorwegnahme der Beschlüsse des Friedenskongresses und eine Schaffung vorzeitiger Tatsachen, besonders durch die Polen. Selbst von den preußischen Ostseehäfen kommen die Proteste gegen willkürliche Beschränkung ihres Hinterlandes durch reichszerstörende Einfälle. Die Reichsregierung erklärt nochmals, daß sie nach wie vor an ihrer rückhaltlosen Zustimmung zu den Wilsonschen Programmpunkten festhält, daß sie aber auch deren Verwirklichung dem Friedenskongreß vorbehalten sehen will und infolgedessen gegen eine Vorwegnahme der Entscheidungen dieses Kongresses oder gar gegen eine willkürliche Ueberschreitung des Nationalitätenprinzips sich aufs Entschiedenste wehren wird. Sie wird jedem, der eine angebliche Hilflosigkeit des Reiches mißbrauchen will, den Beweis liefern, daß er sich geirrt hat.

Die Verfassungsfragen.

Heute beginnen in Berlin die Beratungen zwischen den Vertretern der Einzelstaaten über den Entwurf der Reichsverfassung. Die „Vossische Zeitung“ findet es bemerkenswert, daß die Münchener Minister unterwegs eine Vorbesprechung mit den Vertretern Württembergs, Badens und Hessens hatten, offenbar um eine gemeinsame Schlachtfront zu verabreden.

Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ heißt es über die gestrige Vorbesprechung der preußischen Staatsregierung: Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Verfassungsfrage. Es herrschte einmütige Verurteilung des Entwurfs, der eine Zerstückelung Preußens vorsieht. Alle Redner hätten betont, daß es geradezu ein Unglück für das ganze Reich wäre, wollte man den ohnehin schon bestehenden Partikularismus durch eine Aufteilung Preußens noch vergrößern.

Weimar als Tagungsort der Nationalversammlung.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich aus Weimar melden, daß zur Nationalversammlung der Rat der Volksbeauftragten geschlossen nach Weimar verlegt werde.

Mit der Veröffentlichung der Verordnung über die Berufung der verfassunggebenden Nationalversammlung nach Weimar dürfte, wie die Deutsche „Allgemeine Zeitung“ schreibt, den Bemühungen, eine Aenderung in der Wahl des Ortes herbeizuführen, jede sachliche Unterlage entzogen sein. Es wäre zu wünschen, daß nun alle Teile des deutschen Volkes, sich mit der Wahl des Ortes zufrieden erklärten.

Die Lage in Berlin.

Vom Generalkommando Lüttwitz erfährt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß durch den Abmarsch von Freiwilligenverbänden nach Oberschlesien die Sicherheit Berlins durchaus nicht in Frage gestellt sei. Die Bevölkerung brauche sich durch die in den letzten Tagen aufgetauchten Gerüchte über neue Spartakusumtriebe nicht beunruhigen zu lassen. Die in und außerhalb Berlins verbleibenden Regimenter seien auch jetzt noch stark genug, um jeden Unruheversuch zu unterdrücken. Kleinere Schießereien könnten natürlich immer vorkommen. Die Truppen würden übrigens täglich durch den Zustrom von Freiwilligen aus allen Kreisen vermehrt.

Beratung der Steuerfragen.

Laut „Berliner Tageblatt“ findet am 28. 1. in Weimar eine Reichsfinanzkonferenz unter Teilnahme sämtlicher Finanzmänner der Bundesstaaten zur Beratung der Steuerfragen statt.

Die Sozialisierungskommission.

Berlin, 25. Januar. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes hat in seiner Ansprache an die Presse seine Stellung in der Frage der Sozialisierung dahin präzisiert, daß die Einsetzung der Sozialisierungskommission ein unglücklicher Beschluß gewesen sei, der viel dazu beigetragen habe, eine Sozialisierungswut zu schaffen, der das Wort Sozialisierung nichts weiter sei als eine neue Formel für sonst nicht gerechtfertigte Lohnforderungen.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Offizieren und Soldatenrat im 9. A.-K. über die Neuregelung der Kommandogewalt.

Hamburg, 26. Januar. (Drahtnachricht). Der Erlaß über die Neuregelung der Kommandogewalt hat im Bereich des Generalkommandos des 9. A.-K. zu einem Konflikt zwischen den Soldatenrat und den Offizieren geführt. Da diese sich auf den Standpunkt stellen, daß die Kommandogewalt nunmehr den militärischen Vorgesetzten übertragen werden müsse, während der Soldatenrat der Ansicht ist, daß er die oberste Kommandogewalt auszuüben habe. Die Offiziere erklären daher, daß sie und alle Soldaten des Forts ihren Dienst niederlegen, wenn der Soldatenrat die Verordnung der Regierung nicht anerkennt. Der Soldatenrat sowohl wie das Offizierkorps haben am Sonntag inzwischen Vertreter nach Berlin geschickt, um mit den Volksbeauftragten und dem Kriegsministerium über diese Frage zu verhandeln. Der Soldatenrat verlangt die sofortige Einberufung der Reichskonferenz der Soldatenräte nach Berlin.

Die Demokratie des Herrn Ebert.

Der Volksbeauftragte Ebert hat sich einem Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ gegenüber über das Ergebnis der Nationalversammlungswahlen ausgesprochen. Er hat dabei etwas stark aufgetragen, soweit die Sozialdemokratie in Frage kam, aber das nehmen wir ihm weiter nicht übel. Daß die Sozialdemokratie allein nicht imstande ist, die Regierung zu bilden, sieht er ein, er begreift, daß die Deutsche demokratische Partei dazu nötig sein wird. „Aber“, so sagte er, „die Partei, die in der Regierung die Sitze mit uns teilen soll, muß sich bewußt sein, daß ein Zusammenarbeiten nur möglich ist, wenn es nicht nur in demo

kratischem, sondern auch in sozialistischem Sinne erfolgt."

Dieser Auffassung muß doch vom demokratischen Standpunkte aus entschieden widersprochen werden. Gewiß kann und darf die Nationalversammlung kein Mittel zur Rückwärtsrevidierung der politischen Errungenschaften der Revolution sein, das ist selbstverständlich; für eine derartige Rückwärtsrevidierung ist auch keine Mehrheit vorhanden. Anders aber steht es um die, wie Herr Ebert sich ausdrückt, „Arbeit im sozialistischen Sinne" Versteht Herr Ebert darunter, daß die Partei, die mit der Sozialdemokratie gemeinsam die Regierung bilden wird, sozialistische Experimente im Sinne des sozialdemokratischen Parteiprogramms machen muß, so hat Herr Ebert das Votum der Nationalversammlungswahlen wohl nicht ganz richtig verstanden. Jedenfalls empfehlen wir ihm, bevor er wieder zu programmatischen Ausführungen das Wort nimmt, die ganz klaren Ziffern des Wahlergebnisses genau zu studieren.

Sonderbestrebungen in Braunschweig.

Braunschweig, 25. Januar. In Braunschweig findet seit heute ein Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte statt, um auf Einladung des Braunschweiger A- und S-Rates über die Gründung eines Freistaates Nordwestdeutschland zu beraten. Eine Anzahl von demokratischen Abgeordneten des neu gewählten braunschweigischen Landtages hat infolgedessen in der braunschweigischen Landeszeitung eine Protestkundgebung an den A- und S. Rat erlassen, in der die unverzügliche Einberufung des Braunschweiger Landtages von der Regierung gefordert wird, um über die Zugehörigkeit Braunschweigs zu einem Teilstaate zu beschließen. Der Braunschweiger Landtag habe dem Lande die Verfassung zu geben und die bundesstaatliche Gestaltung des Landes zu bestimmen.

Wie es heißt, stehen gleiche Kundgebungen auch von Seiten des Braunschweiger Landeswahlverbandes und von Abgeordneten der Sozialdemokratie bevor.

Die deutschen Wahlen in französischer Beleuchtung.

Bern, 25. Januar. (Schweizerische Depeschenagentur.) Zu den deutschen Wahlen liegen nur einige Kommentare von Pariser Blättern vor, von denen „Homme Libre" die Auffassung vertritt, daß die Alliierten jetzt eine legale Volksgewalt vor sich hätten, mit der man verhandeln und die Rechnungen des Imperialismus und des Krieges regeln könne. Herve erklärt in der „Victoire", daß die Hauptsieger die Sozialdemokratie sei, die aber sozialistisch genug sein müsse, um das Vertrauen der Arbeitermassen zu wahren, und andererseits auch die Massen auf dem Lande nicht erschrecken dürfe. Völlig ablehnend verhält sich „Pays" welches Deutschland nach wie vor für imperialistisch erklärt. Das Blatt schreibt: Je mehr die rote Revolution verschwindet, desto klarer werden die neuen deutschen Linien erkannt. „Wilhelm" werde jetzt „Hindenburg & Co" heißen. — Das deutsche Verfassungsprojekt wird von der Pariser Presse ausführlich wiedergegeben, wobei sich die Blätter jedoch auf Havas-Meldungen stützen, die das deutsche Reich mit „Empire", also mit „Kaiserreich" übersetzen und daher vom Kaiserreich ohne Kaiser sprechen. Figaro hält diese Bezeichnung für charakteristisch genug, weil sie das beste Bild von der deutschen Verfassung gebe, die unter demokratischen Vorwänden die Einheit des Reiches wieder herstellen wolle. Herve erklärt, die deutsche Verfassung sei demokratisch, aber nicht sozialistisch.

Kämpfe zwischen Deutschen und Bolschewisten in Estland.

Libau, 26. Januar. (Dr.) Der Pressebeirat der Deutschen Gesandtschaft bei den Regierungen Estland und Lettland teilt auf viele an die Gesandtschaft gerichteten Anfragen mit, die deutschen Freiwilligen, die für das Baltikum angeworben werden, sollen keine Polizeitruppe, sondern eine Kampftruppe bilden, von deren Offensivgeist es abhängt, ob es gelingen wird, die Sowjettruppen zurückzuschlagen und die Absicht ihres Einbruchs nach Deutschland zu vereiteln.

Libau, 26. Januar. (Dr.) Wie nach der Säuberung Estlands von den bolschewistischen Truppen nunmehr einwandfrei festgestellt ist, haben die roten Verbände in den von ihnen besetzt gewesenen Gebieten trotz der kurzen Zeit ihrer Herrschaft geradezu bestialisch gewütet. In einem Offensivstoß haben am 25 und 26. 1. die reichsdeutschen freiwilligen Truppen die über die Windal vorgegangenen an Zahl weit überlegenen bolschewistischen Abteilungen über den Fluß zurückgetrieben. Die Bolschewisten erlitten sehr erhebliche Verluste und ließen beträchtliches Material in den Händen der Deutschen zurück. Die deutschen Verluste sind gering.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 25. Januar. (Havas.) Amtliche Mitteilung der Friedenskonferenz vom 24. Januar. Der Präsident der Vereinigten Staaten und die Ministerpräsidenten und Außenminister der Vereinigten Staaten, des britischen Reiches, Frankreichs und Italiens sowie die Vertreter Japans traten am Nachmittag von 3 bis 5 Uhr 15 Minuten am Quai d'Orsay zu einer Sitzung zusammen Es wurde die Entsendung einer Mission der alliierten und assoziierten Großmächte nach Polen erörtert und dann beschlossen, daß Pichon Anweisungen für die Mission ausarbeiten und sie den Vertretern der Mächte zur Genehmigung unterbreiten solle Ferner wurde beschlossen, für jede der fünf Großmächte einen Friedenskonferenz Vertreter zum Eintritt in die Mission zuzulassen Dann wurde die Frage der Gebietsansprüche in Verbindung mit der Eroberung der deutschen Kolonien erörtert. Der Premierminister von Kanada Borden, General Smuts in Vertretung des Premierministers von Südafrika, General Botha und der Premierminister von Neuseeland Massey legten die besonderen Interessen der betreffenden Dominien inbezug auf diese Fragen dar Die nächste Zusammenkunft der alliierten Minister wird Montag morgen um 10 Uhr 30 Minuten stattfinden. Die Friedenskonferenz hält am Sonnabend um 3 Uhr im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten eine Vollsitzung ab.

Wahlergebnis Thorn-Stadt am 26. Januar 1919.

Wahlbezirk	Wählerzahl	Deutsche demokratische Partei	Deutschnationale Volkspartei	Zentrumspartei	Sozialdemokratische Partei	Unabh. Sozialdemokraten	Ungültig	Insgesamt
Thorn Bezirk 1	1044	239	167	43	89	3	—	541
" 2	1009	187	181	48	129	—	3	548
" 3	861	111	145	8	89	2	4	359
" 4	922	134	186	31	89	4	9	453
" 5	960	255	171	18	69	—	2	515
" 6	1022	163	215	38	114	—	2	532
" 7	1153	222	314	30	76	9	—	651
" 8	976	212	197	15	170	1	3	598
" 9	1358	239	303	51	213	4	3	813
" 10	959	138	215	36	136	20	4	549
" 11	1065	165	238	49	133	2	3	590
" 12	1006	88	90	4	355	3	1	541
" 13	1373	134	255	44	198	5	3	639
" 14	1226	186	474	55	111	—	5	831
" 15	1267	244	465	96	169	—	1	975
" 16	1050	152	275	38	221	—	4	690
" 17	1024	108	49	12	104	2	1	276
" 18	1032	170	114	10	81	4	3	382
" 19	1307	147	119	17	212	2	2	499
" 20	1032	117	196	10	83	5	2	413
" 21	994	136	253	38	73	—	—	500
" 22	931	54	113	4	115	—	—	286
" 23	1135	129	127	43	174	11	3	487
" 24	842	38	98	17	132	10	6	301
" 25	964	73	129	12	145	9	3	371
" 26	895	63	110	11	126	11	—	321
" 27	945	69	84	5	90	—	1	249
" 28	782	32	45	6	109	1	1	194
Ergebnis Thorn Stadt		4 005	5 327	789	3 805	108	69	14 034

Wahlergebnis des Landkreises Thorn.

Bachau	34	29	—	24	—	3	90
Balkau	66	9	—	5	—	1	81
Gr. Bösendorf	229	166	—	73	—	—	468
Gramtschen	168	170	—	73	—	—	411
Gurske	31	175	—	—	—	—	206
Leibitsch	106	74	2	111	—	3	296
Neubruch	185	17	—	22	—	—	224
Pensau	250	69	—	11	—	1	331
Podgorz	840	272	66	375	—	2	1555
Rentschkau	101	118	3	3	—	—	225
Roßgarten	55	38	—	62	—	—	155
Rudak	218	215	11	227	6	2	679
Scharnau	57	45	—	107	—	—	209
Schönwalde	13	28	—	145	—	1	187
Schwarzbruch	118	156	—	13	—	—	287

Aus dem Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission

in Spaa vom 24. Januar ist zu entnehmen, daß General Nudant eine Mitteilung Fochs überreicht hat, der Befehlshaber der deutschen Streitkräfte im Osten verweigere polnischen gegen die Bolschewiki marschierenden Truppen den Durchzug durch Grodno. Foch verlangt, daß der polnischen Forderung sofort Genüge geleistet wird. Wie weiter gemeldet wird, ersucht der deutsche Vertreter um eine ausreichende Milchversorgung der Stadt Düsseldorf. Durch die Verkehrssperre habe sich eine gesundheitliche Schädigung der ganzen Bevölkerung herausgestellt.

Berlin, 25. Januar. Nach einer Mitteilung der deutschen Waffenstillstandskommission habe die deutsche und die alliierte Kommission für die Rückgabe von Maschinen und Material an Belgien und Frankreich eine Einigung dahin erzielt, daß über die vorhandenen requirierten beziehungsweise fortgeschafften Maschinen und Materialien Listen aufgestellt werden, die verglichen werden sollen.

Die Haltung der Feinde in der russischen Frage.

Paris, 24. Januar. (Havas). In dem Vorschlag Wilsons über die russischen Fragen heißt es wörtlich: Die Vertreter der assoziierten Mächte erkennen die Revolution ohne Vorbehalt an. Petit Parisien schreibt: Dadurch erkennt man alle Folgen der russischen Revolution, die den Zarismus betrafen, an, aber ohne daß dies eine Billigung der Handlungsweise der Bolschewisten in sich schlösse.

Die geplante Aufteilung der deutschen Kolonien

London, 25. Januar. (Reuter.) „Times" meldet aus Paris: Bei den gestrigen Verhandlungen über die Kolonien erhob Smuts im Namen der Südafrikaner Anspruch auf Deutsch-Südwestafrika. Ueber diesen Punkt herrscht vollständiges Einvernehmen. Großbritanien ist bereit, sich für Togo, Kamerun und für Südostafrika mit irgendeiner Form von Neutralisierung zu begnügen. Infolgedessen braucht man nur noch darüber zu verhandeln, was mit den Samoainseln und den pazifistischen Inseln geschehen soll. Japan hat vor einiger Zeit vorgeschlagen, daß für die Zuteilung dieser Inseln der Aequator als südliche Grenzlinien festgesetzt werden soll. In diesem Falle würde Japan die Karolinen und die Marschallinseln erhalten.

Kämpfe zwischen Tschechen und Polen.

Wie dem Berliner Lokalanzeiger aus Opeln berichtet wird, fand am Sonnabend ein Gefecht zwischen Tschechen und Polen, zwischen Petrovitz und Karwien statt. Die Tschechen waren etwa 20000 Mann stark. Die Polen haben erhebliche Verstärkungen erhalten. Der Kampf blieb anscheinend unentschieden.

Die Heimkehr der gefangenen Italiener.

Bern, 24. Januar. Die italienische Mission, die nach Deutschland geschickt wurde, um die Heimbeförderung der italienischen Kriegsgefangenen zu regeln, erklärte, daß die italienischen Gefangenen in Deutschland mit Ausnahme von 400 Genesenden und 100 nichttransportfähigen Kranken jetzt in die Heimat zurückgekehrt sind.

Die deutschen Verwundeten in belgischen Lazaretten.

Berlin, 25. Januar. Die deutsche Waffenstillstandskommission meldet, daß die deutschen Vertreter der interallierten Gefangenenkommission in Spaa durchgesetzt haben, daß die belgische Regierung dem Oberstabsarzt Brockelmann gestattete, die Lazarette in Brüssel und Antwerpen zu besuchen, um sich persönlich über die Lage der zurückgebliebenen deutschen Gefangenen und des Pflegepersonals, insgesamt 1700 Personen, zu informieren. Oberstabsarzt Brockelmann hat nunmehr berichtet, daß die Verwundeten in sauberen luftigen Räumen untergebracht sind. Die Verpflegung sei im allgemeinen hinreichend. Es bestehe die Aussicht, daß die Auslieferung der Schwerverwundeten und des Pflegepersonals baldigst bewerkstelligt werden kann.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 27 Januar.

— **Das Eiserne Kreuz 2. Klasse** hat (unter dem 8. 11. 18) verliehen erhalten Redakteur Walter Dargatz (Res.-Jäger-Batl. 2) aus Thorn.

— **Keine Einziehung der Wehrfähigen bis zum 35. Lebensjahre.** Gegenüber der Behauptung, daß die Einziehung der Wehrfähigen bis zum 35. Lebensjahre angeordnet werden würde, wenn die Freiwilligenwerbung für den Ostschutz ein genügendes Truppenaufgebot nicht zustande bringen sollte, wird von zuständiger Seite festgestellt, daß ein solcher Plan weder bei der Regierung, noch bei den militärischen Stellen besteht. Auch aus der Umgebung des Herrn Noske kann darum eine gegenteilige autoritative Erklärung nicht erfolgt sein.

— **Einreiseerlaubnis in den Bezirk der 35 Infanterie-Division.** Personen, die in den Bezirk der 35. Infanterie-Division zu reisen beabsichtigen, müssen vorher die Einreiseerlaubnis bei dieser beantragen. Erst nach Vorlage dieser Einreiseerlaubnis kann ihnen der vorgeschriebene Personenausweis vom Einwohner-Meldeamt ausgefertigt werden.

— **Postsendungen nach dem besetzten Gebiet und der neutralen Zone.** Entgegen irrtümlichen Meldungen wird von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt: Postsendungen jeder Art, also auch Pakete werden im unbesetzten Deutschland angenommen nach Düsseldorf (Groß Düsseldorf rechtsrheinisch, neutrale Zone), nach Remscheid (neutrale Zone) und nach Linz (Rhein) (neutrale Zone). Pakete und andere Postsendungen, soweit sie nach den entsprechenden Teilen des besetzten Gebietes nicht zugelassen sind, werden nicht angenommen nach folgenden Vororten von Düsseldorf und Remscheid: Düsseldorf-Heerdt, Düsseldorf-Oberkassel (besetztes linksrheinisches Gebiet) und Düsseldorf-Himmelgeist sowie Remscheid-Bliedinghausen und Reimscheid-Reinshagen (besetztes Brückenkopf Gebiet von Köln).

— **Gutachten des Reichsfinanzhofs** Infolge verschiedener Anfragen wird darauf hingewiesen, daß die vom Reichsfinanzhof erstatteten Gutachten von diesem nicht bezogen werden können. Sie werden hingegen, soweit sie ihrem Inhalt nach für die Oeffentlichkeit von Interesse sind, in den vom Reichsschatzamt herausgegebenen „Amtlichen Mitteilungen" (Vertrieb durch Carl Heymanns Verlag, Berlin) bekanntgegeben werden.

— **Gegen Eingriffe in die Preßfreiheit.** Der Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands (gez. Leinert, Cohen) erläßt an alle Arbeiter- und Soldatenräte im Reich folgenden Aufruf: In der letzten Zeit haben sich die Nachrichten über Eingriffe in die Preßfreiheit gemehrt. Die uneingeschränkte öffentliche Preß- und Meinungsfreiheit, für die die Arbeiterschaft jahrzehntelang gekämpft hat, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution, und diese Errungenschaft muß unbedingt geschützt werden. Der Zentralrat fordert daher alle A.- und S.-Räte auf, jeden Eingriff in die Preßfreiheit zu unterlassen und dort, wo Gewalt und Willkür gegen sie angewendet werden, die Preß- und Meinungsfreiheit mit allen Mitteln zu verteidigen. Der Zentralrat wird von der Reichsregierung die Anwendung aller Mitteln fordern, um die uneingeschränkte Preß und Meinungsfreiheit sicher zu stellen und ihr hierbei alle Unterstützung angedeihen zu lassen.

— **Die Danziger „Hilfe für kriegsgefangene Deutsche"** veranstaltete am Montag, dem 20. Januar, eine öffentliche Versammlung. In dem von ehemaligen Gefangenen und Angehörigen der Gefangenen überfüllten Saal des Danziger Hofes sprach Studienrat Dr. Rink, der vier Jahre in französischer Gefangenschaft gewesen ist, über das Thema: „Wir fordern die sofortige Freilassung unserer Kriegs- und Zivilgefangenen! Nach Vortrag und Aussprache wurden Listen unterzeichnet, welche die gleiche Forderung stellen. Diese Listen sollen der deutschen Waffenstillstandskommission unterbreitet werden und bei den beginnenden Friedensverhandlungen unseren Feinden zurufen: „Gebt sofort unsere Gefangenen heraus!" Im Anschluß an die Versammlung wurde eine Provinzialstelle vom „Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen Berlin" gegründet, die in engster Anlehnung an die hiesige „Hilfe" arbeitet. Der „Volksbund" bezweckt die beschleunigte Freilassung und Heimschaffung aller Gefangenen. Ueber die Bildung von Ortsgruppen usw erteilt nähere Auskunft die Danziger „Hilfe für kriegsgefangene Deutsche, Danzig, Hundegasse 90 II, und der Leiter der westpreußischen Provinzialstelle des Volksbundes, Studienrat Dr. Rink, Danzig, Weidengasse 57.

— **Wiedereinstellung von Angestellten.** Die Veröffentlichung einer am 21. d. Mts. erlassenen Verordnung der Reichsregierung über die Ein-

stellung, Entlassung und Entlohnung der Angestellten während der wirtschaftlichen Demobilmachung steht unmittelbar bevor. Die wichtigsten Bestimmungen lauten: Einstellungspflicht. Oeffentliche und private Betriebsunternehmer und Bureauinhaber, auch solche mit weniger als 20 Angestellten, sind verpflichtet, diejenigen Kriegsteilnehmer einzustellen, welche bei Ausbruch des Krieges bei ihnen beschäftigt bezw. wegen Ableistung der Dienstpflicht bei ihnen ausgeschieden waren, oder nach Ausbruch des Krieges von ihrer ersten Arbeitsstätte als Angestellte unmittelbar in den Heeresdienst eingetreten sind. — Demgemäß sind auch Betriebsfremde einzustellen. Die Wiedereinstellungspflicht erlischt, wenn die Angestellten sich nicht binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten der Verordnung vom 21. 1. 1919 zur sofortigen Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit bei ihren Arbeitgebern melden. Die Frist beginnt für Kriegsteilnehmer, die bei dem Inkrafttreten der Verordnung noch nicht aus dem Militärdienst entlassen sind, mit dem Tage ihrer ordnungs- oder befehlsmäßigen Entlassung. Weiterbeschäftigung. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die beim Inkrafttreten der Verordnung bei ihnen beschäftigten Angestellten weiterzubeschäftigen, soweit diese auf Erwerb angewiesen und nicht während des Krieges von einem anderen Orte zugezogen sind. Angestellten, die hiernach weiterzubeschäftigen sind, darf frühestens zum 28. Februar 1919 gekündigt werden. Aufhebung der Kündigung mit rückwirkender Kraft. „Ist einem Angestellten in der Zeit vom 1. November 1918 bis zum Tage des Inkraftretens der Verordnung zum 31. Dezember 1918 oder zu einem späteren Zeitpunkt bis zum 28. Februar 1919 einschließlich gekündigt worden, so ist die Kündigung unwirksam, wenn ihre Aufhebung innerhalb zweier Wochen nach dem Inkrafttreten der Verordnung von dem Angestellten verlangt wird." Wiedereinstellungspflicht der sog. Kriegsbetriebe. „Die Demobilmachungsausschüsse sind befugt, Unternehmer solcher Betriebe, und Inhaber solcher Bureaus, die erst während des Krieges entstanden oder wesentlich vergrößert worden sind, zur Einstellung einer bestimmten Mindestzahl von Kriegsteilnehmer als Angestellte zu verpflichten, auch wenn diese bei Ausbruch des Krieges nicht bei ihm beschäftigt waren. Eine Pflicht zur Wiedereinstellung oder Weiterschäftigung besteht nicht, auch nicht für die Kriegsbetriebe, soweit ihre Durchführung infolge der besonderen Verhältnisse des Betriebes ganz oder zum Teil unmöglich ist." Ein Kommentar zu der Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Angestellten, verfaßt von Regierungsrat Syrup im Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung, wird in den nächsten Tagen erscheinen.

— **Schafft Arbeitmöglichkeit für die Handwerker.** Wie uns der hiesige paritätisch-städtische Arbeitsnachweis mitteilt, haben die Behörden wohl Arbeitmöglichkeit geschaffen, aber es handelt sich hauptsächlich um Erdbewegungen, Räumungsarbeiten, sodaß ein sehr sehr großer Teil unserer Handwerker gezwungen ist, diese Arbeiten anzunehmen um nicht mit ihrer Familie darben zu müssen. Es ist wohl zu verstehen, daß riese Leute nach den langen Jahren, die sie im Felde waren, ihr unverdientes Schicksal ganz besonders hart empfinden. Deshalb bitten wir nochmals, schafft Arbeitmöglichkeit. Jede Arbeit, sei es die kleinste Reparatur, Renovierung usw. meldet umgehend dem paritätisch-städtischen Arbeitsnachweis, Thorn, Rathaus Zimmer 28, Fernsprechnummer 621—624, welcher denn die gewünschten Handwerker zuweisen wird. Es ist als sicher anzunehmen, daß fast jeder Hausbesitzer größere oder kleinere Reparaturen an seinem Besitz nötig hat; Fuhrwerkbesitzer an ihren Wagen, Geschirren, Haushalte an ihren Möbeln u. a. m. Wenn so jeder einzelne für Beschäftigung sorgt, helft ihr denjenigen, welche uns Jahre lang vor den Schrecken des Krieges bewahrt haben. Ihr erfüllt eben nur Dankespflicht!

— **Die Wahlen zur preußischen Landesversammlung** gingen in den 28 Bezirken unserer Stadt gestern, ebenso wie vor acht Tagen die Wahlen zur Nationalversammlung, ohne Störung vor sich. Da für beide Vertretungskörper dasselbe Wahlrecht gilt, war die Zahl der Stimmberechtigten nahezu dieselbe. Hinzu kamen für die gestrige Wahl nur noch diejenigen, die innerhalb der dazwischen liegenden Woche das 20. Lebensjahr vollendet hatten. Bei annähernd gleich starker Wahlbeteiligung hätte demnach auch die Zahl der abgegebenen Stimmen ungefähr dieselbe sein müssen, allein es ist insgesamt ein Rückgang von 15 738 auf 14 034 zu verzeichnen, das heißt, es haben diesmal um 1704 Personen weniger von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht als vor acht Tagen. Ein paar Stimmen gewonnen haben nur die Zentrumspartei und die unabhängigen Sozialdemokraten, alle übrigen Parteien haben sich diesmal an der Wahl schwächer beteiligt als das vorige Mal. Leider hat die Flauheit derer, die der Wahl ferne geblieben sind, und die wüste Hetze, die von deutschnationaler Seite in Szene gesetzt worden war, der deutschdemokratischen Partei rund 1000 Stimmen gekostet, das sind 20 v. H. der Stimmenzahl, die sie bei der letzten Wahl auf ihre Liste vereinigte. Die Deutschnationalen haben 81 Stimmen eingebüßt, das sind 1,5 v. H. die Mehrheitssozialisten 499, das sind 11,6 v. H. Ein Rückgang der Wahlbeteiligung war zu erwarten; er erklärt sich zum Teil aus einer gewissen Abspannung, die auf die vorhergehenden Wahlen gefolgt sein mag, zum Teil wohl auch daraus, daß bei vielen noch die Interesselosigkeit nachwirkte, mit der man den preußischen Wahlen zur Zeit des Dreiklassenwahlrechts in weiten Kreisen gegenüberstand.

— **Die Deutsche demokratische Partei hielt am Sonnabend im großen Saale des Viktoriaparks eine nur mäßig besuchte Versammlung ab. Der Aufenthalt in dem kalten, ungeheizten Raum war auch wenig angenehm. Nach der Begrüßungsansprache des Herrn Kommerzienrats Dietrich hielt Herr Rechtsanwalt Stenzel** einen Vortrag über „Der Sieg des demokratischen Gedankens", berührte in seinen beifällig aufgenommenen Ausführungen den kürzlich von Dr Preuß erlassenen Entwurf der neuen Reichsverfassung und verbreitete sich eingehend über den Völkerbundsgedanken. Wenwohl der Gedanke eines Revanchekrieges seitens Deutschlands eine Utopie sei, müssen wir doch mit aller Macht gegen die Vergewaltigungsgelüste unserer Gegner ankämpfen. Wenn Deutschland im Begriffe stehe, ein neues Heer zu bilden, so geschehe es, um angriffslustige Nachbarn fernzuhalten. Redner befaßt sich dann mit dem Erlaß des Kriegsministers Reinhard, wodurch die inneren Einrichtungen des Militärwesens von grundauf erschüttert werden. Die grundlegenden Veränderungen werden auch das Vorgesetztenverhältnis bedeutend beeinflussen, die früher ausschließlich aus Offizieren bestehenden Militärgerichte, die die reinsten Klassengerichte gewesen seien, werden durch Einsetzung von Mannschaften in den Gerichtshof damit eine vollständige Neuordnung erfahren. Ueber die Revolution sagt Redner, daß sie sich immer mehr zu einer Lohnbewegung auswachse. Die übertriebenen Forderungen der Arbeiter seien gleichsam eine Schraube ohne Ende. Wenn nicht bald gesundere Ansichten über die Entlohnung die Oberhand gewinnen würden, sei der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands, den unverantwortliche Streiks beschleunigten unvermeidlich. Nur wenn die nationale Gemeinschaft in erhöhtem Maße gepflegt werde, könne Deutschland wieder zu neuer Blüte und neuem Ansehen geführt werden. An der Aussprache beteiligten sich außer den Herren Justizrat Aronsohn, Blickensdorf, Professor Semrau, Borkowski und einer Dame von der Deutsch-demokratischen Partei mehrere Herren von der sozialdemokratischen und der Deutschnationalen Volkspartei.

— **Der Landwehrverein Thorn** hielt am Sonnabend im Tivoli die Hauptversammlung ab. Der 2. Vorsitzende Rechtsanwalt Dannhoff eröffnete die Versammlung mit einer längeren Begrüßungsrede und schloß mit einem Hoch auf das weitere Blühen und Gedeihen des Landwehrvereins. Ausgeschieden aus dem Verein sind 2 Kameraden durch Verzug und die Kameraden Hardt und Seibicke durch den Tod. Kam. Vorsitzer widmete den Verstorbenen warme Worte des Nachrufs. Kam. 1. Schriftführer berichtete zunächst über die Weihnachtsbescherung. Es sind 22 Waisenkinder mit je 10 Mark beschenkt. Die Sammlung der Kameraden Dannhoff, Kramer, Lüders, Stange, Sintowski, Bohn, Puzig hat den Betrag von 55 Mark ergeben. Den Kameraden wird hiermit der Dank des Vorstandes ausgesprochen. Hierauf berichtete Kam. Wollenweber über die Kassenprüfung. Die Einnahme für 1918 betrug 1521,83 Mk., die Ausgaben 759,25 Mk, so daß ein Kassenbestand von 7339,77 Mark vorhanden ist. Kam. 1. Schriftführer erstattete dann den Jahresbericht. Kam. Vorsitzer sprach den Vortragenden für den günstigen Stand des Vereins und die Arbeit und Mühewaltung den Dank der Versammlung aus. Dem Kam. Kassenführer wurde die Entlastung erteilt. Es wurde sodann zur Wahl des Vorstandes geschritten. Für den 1. Vorsitzenden Staatsanwalt Wellmann wurde durch Zuruf Kamerad Rechtsanwalt Dannhoff gewählt, den 2 Vorsitzenden Kam. Bohn, als 3. Vorsitzenden Kam Hoffmann. Als 1. Schriftführer wurde Kam. Thielke, als 2. Schriftführer Kam. Zelz, als 1. Kassenführer Kam. Sintowski, als 2. Kassenführer Kam. Zaporowicz, als Beisitzer die Kam. Müller, Franke, Neumann und Sellien gewählt. Zum Fahnenträger wurde Kam. Gehrtz, als Stellvertreter Kamerad Jeske ernannt. Fahnenbegleiter sind die Kam. Wollboldt und Marks. Als Kassenrevisoren wurden die Kam. Wollenweber, Janke, und Schlage gewählt. Hierauf begrüßte der Kam. Vorsitzer die anwesenden Kriegsteilnehmer mit einer längeren Ansprache. Nach Schluß des geschäftlichen Teiles verblieben dann die Kameraden noch längere Zeit bei dem gespendeten Freibier gemütlich beisamen. Die Kameraden Bohn und Sintowski trugen hier dann noch selbst verfaßte Gedichte vor. Die nächste Monatsversammlung findet am 22. Februar d. Js. statt.

Podgorz. Eine Wählerversammlung der Deutsch demokratischen Partei fand am Sonnabend im „Kronprinzen" statt. Die zahlreichen Besucher nahmen die Ausführungen der Herren Justizrat Aronsohn und Bahnmeister Krüger sowie des Fräuleins Stachowitz sehr beifällig auf. Von gegnerischer Seite meldete sich niemand zum Wort.

Culmsee. Beschlagnahmt wurden am hiesigen Bahnhof einem auswärtigen Besitzer 8 Pfund Butter, mehrere Pfund Schmalz, Speck und Fleisch. — Einbrecher statteten der „Culms. Ztg." zufolge am Donnerstag der Kaufmannsfrau Venske einen Besuch ab. Sie erbrachen den Stall, schlachteten die Ziege und suchten damit das Weite. — Erbrochen wurde in vergangener Nacht auf dem Bahnhof Griffen ein Waggon, aus dem etwa 4 Ztr. Getreide gestohlen wurden. Durch Polizeisergeant Schulz, der sich mit dem Polizeihund an Ort und Stelle begab, wurde das Getreide am Bahnkörper verwahrt vorgefunden Die Täter sind unermittelt geblieben

Königsberg. Zusammenschluß der Kriegsseminaristen. In Königsberg haben sich die Kriegsseminaristen Ostpreußens unter dem Namen „Vereinigung der Kriegsseminaristen" zusammengeschlossen. In den Versammlungen am Freitag, dem 10., und Mittwoch, dem 15. Januar, wurden einstimmig u. a. folgende Forderungen für ihre Weiterausbildung aufgestellt: Schnellste Entlassung aller noch im Heeresdienst stehenden Seminaristen. Baldmöglichster Beginn einer Sonderlehrganges für Kriegsseminaristen nach folgendem Plan: Der Kursus gliedert sich in drei Klassen. a) 1. Klasse: Dauer 1/2 Jahr. (Teilnehmer: Seminaristen der 2. Klasse, die bis 1. Januar 1919 mindestens drei Jahre Soldat waren.) b) 2. Klasse: Dauer ein Jahr. (Teilnehmer: Seminaristen der 3. Klasse unter denselben Bedingungen.) c) 3. Klasse: Dauer 1 1/2 Jahre. (Teilnehmer: Seminaristen, die bei Eintritt in den Heeresdienst ihre Seminaraufnahmeprüfung abgelegt hatten; sonst wie oben.) Weitgehendste monatliche Unterstützungen im Rahmen der heutigen Verhältnisse. Anrechnung der Militärzeit auf Besoldungs- und Pensionsalter.

Bromberg. Das Raubgesindel nimmt hier überhand. Festgenommen wurde der Bauarbeiter Emil Ernst aus Jägerhof, als er mit einem anderen in den Laden des Wiener Hutbasars (Brückenstraße) eingebrochen war und beide sich mit Pelzsachen im Werte von 9000 Mark entfernen wollten. Die Verbrecher trugen Matrosenuniform und Gewehre. In einer Gastwirtschaft in der Prinzenstraße raubten drei Soldaten eine Kassette mit 1200 Mark, Sparkassenbücher und drei Taschenuhren. Ein gleicher Fall ereignete sich Heynestraße 1, ebenfalls durch zwei Soldaten ausgeführt. In der Nacht zum Sonntag wurden die Bodenräume des Hauses Mittelstraße 19 erbrochen und sämtliche acht Bodenkammern geplündert. Herrenanzüge Mäntel, seidene Blusen, Röcke, Stiefel, Bettwäsche, Gardinen und die verschiedensten Lebensmittel im Werte von 8000 bis 10 000 Mk. wurden erbeutet.

Bomst. Die Polen im Vorgehen Wie verschiedene Blätter melden, haben die Polen Bomst und Unruhstadt kampflos besetzt. Sie führten Maschinengewehre mit sich. Die Besetzung von Bomst bildet eine Bedrohung des Bahnhofs Bentschen, von dem die Stadt 9 Kilometer entfernt ist.

Thorner Strafkammer.

Thorn, 25 Januar.

Wegen schweren Diebstahls waren die Arbeitsburschen Johann Stemski, Leo und Franz Beyger aus Plywaczewo angeklagt. Die Beweisaufnahme ergab, daß Stemski im September v. Js. in die Wohnung des Arbeiters Zakrzewski in Bilsk durch ein offenes Fenster eingestiegen ist und ein Kaninchen entwendet hat. Am 14. Oktober wiederholte er die Tat gemeinschaftlich mit Franz Beyger. Letzterer stahl ein Kaninchen, während Stemski ein Paar Schuhe mitnahm. Die Strafkammer verurteilte Stemski zu einem Monat und Franz Beyger zu drei Wochen Gefängnis. Leo Beyger wurde freigesprochen.

Standesamt Thorn.

Vom 23. bis 25. Januar 1919.

Sterbefälle: Kaufmannswitwe Josepha Lesnik, geb. Baranowski 70 J. 10 M.; Vizefeldwebel der 3 Batterie 1. Westpr. Fuß Artillerie-Regt. 11 Albert John 37 J. 7 M.; Kanonier Landwirt Willi Below 17 J. 11 M.; Erna Frey, 3 J. 6 M.; Helmut Zube, 4 J. 3 Monate.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung

An Herrn Lehrer Paul möchte ich folgende Frage richten: Hätte er sich erlaubt, die jüdischen Soldaten zu beschuldigen, wenn die Juden im allgemeinen seine Parteigenossen gewesen wären? Daß sie es nicht sind, muß Herr Paul doch als selbstverständlich anerkennen.

Die Deutschnationale Volkspartei ist doch aus den früher herrschenden Parteien hervorgegangen, von welchen die Juden nur Zurücksetzung erfahren haben.

Bemerken möchte ich, daß aus meinem engsten Familienkreise 16 Angehörige — 3 Söhne und 13 Neffen — in der vordersten Front gekämpft haben. Hiervon sind 5 gefallen, 7 verwundet, 10 haben das E. Kr. 2. und einer das E. Kr. 1. Klasse erhalten.

Empfindet Herr Paul nicht die Empörung, welche sich der Hinterbliebenen der gefallenen Juden anläßlich seiner Beschuldigungen bemächtigen muß? Hat er gar kein Verständnis für die Verbitterung, die sich im Herzen der verwundeten und gesund heimkehrenden jüdischen Krieger auslösen muß?

Bei einem Jugenderzieher hätte ich allerdings dieses rein menschliche Empfinden in verstärktem Maße vorausgesetzt. S. Wiener.

Die letzten Wochen hallten wider von Lohnkämpfen aller Form, so auch in unserem lieben Thorn.

Jeder Handwerksbetrieb hat sich mit seinem Personal geeinigt, nur bei der Friseur- und Perrückenmacher-Innung scheint man sich zu einem Entschluß noch nicht durchgerungen zu haben. Schuld liegt meines Erachtens auf beiden Seiten die Arbeitnehmer sind zu lau und die Arbeitgeber können zum Teil vom alten Zopf nicht los.

Die jetzigen Arbeitszeiten für Gehilfen und Lehrlinge sind wirklich großartig. Wochentags von 7 Uhr vorm. bis 8 Uhr nachm., Sonntags von 8 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. Von dieser Arbeitszeit gehen nur kurze Essenpausen ab, wo in aller Hast etwas herabgewürgt wird.

Unsere Zeit verlangt es, daß die Kirche nicht ganz an die Wand gedrückt wird, wie ist es aber einem jungen Menschenkinde möglich, das Verlangen zum Kirchengehen hat, dieses auszuführen?

Wenn der Jugend hierzu keine Gelegenheit mehr geboten wird, so wird sie vollständig seelisch verkommen und nur noch Sinn für Kinos und Schankstätten haben.

Die Eltern haben vertrauensvoll ihre Kinder den Lehrmeistern übergeben, um aus ihnen brauchbare Menschen zu erziehen, sträuben sich aber dagegen, daß der Jugend der Kirchenbesuch abgeschnitten wird.

Ich mache der verehrten Innung nachstehenden Vorschlag, welcher nach rechtlichem Denken beide Teile befriedigt.

Die Arbeitszeit dauert Wochentags von 8 Uhr vorm. bis 1 Uhr und von 2 Uhr bis 7 Uhr abends, während der Zeit von 1—2 Uhr wird der Betrieb geschlossen.

Sonntags von 11 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachmittags, alsdann Sonntagsruhe.

Diese Arbeitszeit würde die Eigenheiten des Friseurbetriebes genügend berücksichtigen, auch dem Personal die so dringend nötige Ruhe verschaffen.

Ich bitte die maßgebenden Stellen diese Wünsche wohlwollend zu prüfen und eine baldige Regelung der Arbeitszeit herbeizuführen.

Mit Kopfschütteln liest man fast jeden Tag in der „Thorner Zeitung" Erwiderungen auf die verschiedenen antisemitischen Anschuldigungen seitens der Deutschnationalen. Ist es denn wirklich so unbedingt notwendig auf all die Lügen und schmutzigen Anwürfe einzugehen? Was liegt denn daran, ob ein Herr uns als Fremdkörper bezeichnet, ein anderer sich lächerlich macht mit seiner Behauptung „Die Juden seien während des Krieges in der Breitenstraße zu finden gewesen?" Auf derartigen Unsinn darf man doch garnicht erst eingehen! Unser Deutschtum können sie uns doch ebensowenig wie unser Judentum absprechen, an beidem halten wir mit unwandelbarer Treue und aller uns angeborenen, nicht abzusprechenden Zähigkeit fest. Deshalb behandelt man solche Menschen am besten nach Heinrich Heines Rezept, man antwortet ihnen garnicht, denn „antwortest Du, so verleihest Du ihnen eine Wichtigkeit, die sie auszubeuten wissen und sie finden eine Ehre darin, daß Du sie mit demselben Stocke schlägst, womit schon die berühmtesten Männer geschlagen wurden" und weiter sagt Heine: „Ja, es war ein lehrreiches Beispiel, das Du uns gabst, königlicher Dulder Odysseus! Du der Meister des Wortes! Jedem wußtest Du Rede zu stehen — nur an einen klebrichten Thersites wolltest Du kein Wort verlieren, einen solchen Wicht hieltest Du keiner Gegenrede wert."

Warum müssen wir uns also mit solchen Anschuldigungen lange aufhalten? Totschweigen ist das beste Mittel. S. Z.

Neueste Nachrichten.

Der deutsche Volksrat Bromberg an das Ministerium des Innern.

Bromberg, 27. Januar. (Drahtnachricht.) Der Deutsche Volksrat Bromberg drahtete an das Ministerium des Innern: Der Deutsche Volksrat Bromberg und Umgebung beharrt auf dem Standpunkte, daß Verhandlungen mit den Polen außer bei bedingungsloser Uebergabe u. Festsetzung des alten Standpunktes zwecklos sind. Die poln. Landfriedensbrecher haben die eigenen Massen nicht mehr in der Hand. Sie suchen nur hinzuhalten und halten nie Verträge. Die Rettung der deutschen Sache ist allein durch tatkräftige militärische Handhabe möglich. Zuziehung eines hiesigen Vertreters wäre, wenn Verhandlungen stattfinden erwünscht.

Die Demobilisierung in England.

London, 26. (Dr.) Reuter. Die alte freiwillige Armee, welche früher bestand und welche außerordentliche Taten vollbrachte, besteht als militärische Organisation nicht mehr. An ihrer Stelle ist eine gewaltige Armee von 3 bis 4 Millionen Mann entstanden, anfangs während des Krieges auf der Grundlage der Freiwilligkeit, später auf der Grundlage der Aushebung. Diese Armee befindet sich jetzt in dem Zustande schneller Abrüstung Während vor 14 Tagen täglich ungefähr 8000 Mann in das bürgerliche Leben übergeführt wurden, wird jetzt die Zahl von täglich 30000 Mann erreicht. Binnen kurzem dürfte sie sich auf täglich 40000 Mann belaufen.